

# Land Grabbing in Afrika

**Der weltweite Kampf um Grund und Boden spitzt sich zu. Fruchtbares Land wird in Zeiten steigender Weltbevölkerung, Unterernährung, Bodendegradierung, globalisierter Profitmaximierung und Nahrungsmittelspekulation immer begehrter - nicht nur für lokale Bauern und Bäuerinnen, auch für Großunternehmen und Nationalstaaten. Oftmals mit verheerenden Folgen.**

**L**and Grabbing – also die unrechtmäßige Aneignung von Boden – geht ungebremselt weiter, insbesondere seit der Nahrungsmittelkrise 2007/08 (FIAN 2014). Die Landnahmen erfolgen dabei in der Regel durch ökonomisch bzw. politisch starke Akteur/innen und werden typischerweise durch Staaten bzw. staatsnahe Unternehmen durchgeführt, aber auch private Investor/innen (z.B. Hedge-Fonds), Landwirt/innen und Privatpersonen zählen zu den Käufer/innen bzw. Pächter/innen.

Zu umfangreichen Transaktionen kommt es dabei laut International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Entwicklungs- und Schwellenländern, beispielsweise in Angola, Äthiopien, Brasilien, Laos, Madagaskar, Nigeria, Sudan oder aber auch in der Türkei und Ukraine (Von Braun und Meinzen-Dick 2009).

Spätestens als der südkoreanische Konzern Daewoo Logistics Corporation vor einigen Jahren ernsthaft über eine 99-jährige Pacht von rund 1,3 Millionen Hektar Land in Madagaskar (Gesamtfläche: 58,7 Mio. ha) für den Anbau von Mais- und Ölpalmpflanzungen für die südko-

reanische Bevölkerung verhandelte, ist Land Grabbing ein Thema öffentlichen Interesses (Human Rights Advocats 2009). Wie groß die auf diese Art und Weise tatsächlich veräußerte Fläche ist, ist nicht exakt bekannt. Trotz hoher Intransparenz solcher Deals schätzt die Weltbank die Gesamtzahl auf 47 Mio. Hektar (2010), das Global Land Project spricht von 63 Mio. Hektar und das Netzwerk Land Deal Politics Initiative von insgesamt 80 Mio. Hektar (2011). Oxfam bewertet die Gesamtfläche im Jahr 2011 sogar auf 227 Mio. Hektar (Pearce 2012). Im Vergleich dazu: Österreich hat eine Gesamtfläche mit der Größe von 8,39 Mio. Hektar.

## Welche Motive stecken hinter Land Grabbing?

Die Beweggründe für unzulässige Landnahmen – vor allem für jene, die außerhalb des eigenen Staatsterritoriums stattfinden – sind divers und komplex. Dennoch können einige Hauptmotive ausgemacht werden. Auf der einen Seite streben kaufende bzw. pachtende Länder, die selbst wenig eigene Anbauflächen besitzen, oftmals die Erhöhung der Ernährungssicherheit für die eigene Bevölkerung an oder wollen bereits ein-

getretenen bzw. künftig erwarteten Landverlust aufgrund des Klimawandels durch den Erwerb von Land in anderen Staaten kompensieren.

Profitorientierung sowie Spekulation mit Land spielen vielerorts ebenso eine Rolle wie etwa die Sicherung von Wasserrechten. Genauso bedeutend ist die Produktion von tierischen Futtermitteln und Treibstoffen aus agrarischen Rohstoffen auf günstig zu bewirtschaftenden Großflächen (Adam 2011).

Auf der anderen Seite erhoffen sich Verkäufer/innen bzw. Verpächter/innen zusätzliche Finanzeinnahmen zur Schuldentilgung. Des Weiteren werden dadurch die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Investitionen in die heimische Infrastruktur erwartet. In manchen Fällen ist darüber hinaus persönliche Bereicherung als Motiv für unrechtmäßige Landvergaben zu erkennen (Adam 2011).

## Risiken und negative Folgen

Offenkundig ist zu beobachten, dass Investor/innen bei Landgeschäften auf Staaten mit schlechter Regierungsführung abzielen. Sie kaufen bzw. pachten dort Grund und Boden, wo – basierend auf schwacher politischer Durchsetzungskraft lokaler Regierungen – niedrige rechtsstaatliche Standards vorzufinden sind. Zwischen 2000 und 2011 wurden in insgesamt 56 Ländern Landübernahmen registriert. (Oxfam2013)

Rund 75 Prozent der betroffenen Staaten weisen, angelehnt an die Weltbankindikatoren (Rechtsstaatlichkeit, Mitspracherecht, Rechenschaftspflicht, Korruptionskontrolle und staatliche Regulierung), eine besonders schlechte Regierungsführung auf (Oxfam 2013).

Neben möglichen Chancen durch Landübernahmen für die „Zielländer“ (z.B. Wirtschaftswachstum, Steuereinnahmen) und dort ansässigen



Steht der tropische Regenwald vor dem Ausverkauf?

Menschen (z.B. Infrastrukturverbesserungen, Beschäftigungsmöglichkeiten) zeigen sich oftmals negative Auswirkungen für die lokale Bevölkerung. Dabei stehen die Einschränkung bzw. der Verlust des Zugangs und Kontrolle über das „eigene“ Land sowie andere Ressourcen (v.a. Wasser) an vorderster Stelle. Aufgrund des tendenziell niedrigen Bildungsniveaus, der Korruption und fehlender Rechtsinstrumente mangelt es der lokalen Bevölkerung oftmals an notwendigen Mitteln, um sich gegen Land Grabbing zu schützen (Ökosoziales Forum 2009).

Darüber hinaus werden vielerorts mittel- bis langfristig zunehmende Preissteigerungen von (fruchtbaren) Böden und eine Intensivierung des Wettbewerbs um Wasser erwartet. Dies kann speziell für Kleinbauern und -bäuerinnen dramatische Folgen mit sich bringen (Ökosoziales Forum 2009).

#### Äthiopien: Verstoß gegen das Menschenrecht auf Nahrung?

In Äthiopien sind seit Jahren großflächige Landnahmen mit schwerwiegenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen zu erkennen. Das Land, in dem rund 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, (U.S. Department of State 2012) welche rund 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften (FAO 2011), erfuhr in den vergangenen Jahren einen agrarpolitischen Wandel.

Nachdem in der Vergangenheit die Entwicklung der heimischen Kleinbauern und -bäuerinnen unterstützt wurde, werden aktuell diese staatlichen Ausgaben gekürzt und das Hauptaugenmerk auf ausländische Großinvestor/innen gelegt. Die internationalen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment) nehmen von Jahr zu Jahr größere Ausmaße an. Laut Schätzungen wurden auf diese Weise bis Jänner 2011 insgesamt 3,6 Mio. Hektar Land vergeben, also etwa ein Viertel der 15,4 Mio. Hektar großen Gesamtproduktionsfläche (Oakland Institute 2011).

Die äthiopische Regierung propagiert zudem eine äußerst investitionsfreundliche Politik, die



#### Investitionen in die lokale Infrastruktur Ostafrikas

sich in freizügigen Deregulierungsmaßnahmen wiederfindet (z.B. Aussetzung der Mindestkapitaleinlage, Befreiung von der Einkommenssteuer, Exportsteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer auf Exportgüter für Investor/innen). Zusätzlich gibt es für investierende Unternehmen leichten Zugang zu Krediten der äthiopischen Entwicklungsbank, keine Beschränkung des Kapital- und Gewinnabflusses und keine Beschränkung bei der Anzahl ausländischer Arbeitnehmer/innen.

Die Obst- und Blumenerzeugung, die Herstellung von Agrotreibstoffen, sowie die Lebensmittel- und Fleischproduktion zählen zu den begehrtesten Investitionssektoren des Landes, die zumeist als großflächige industrielle Agrarwirtschaften organisiert sind.

Empirische Studien legen dar, dass dabei oftmals Profitmaximierung und Exportorientierung im Vordergrund stehen, der Zugang zu Nahrung jedoch für die lokale Bevölkerung nur gering

verbessert wird. Der Großteil der Investor/innen produziert Güter für den Export in ihre Heimatländer, beispielsweise für Indien, Saudi Arabien und zahlreiche EU-Mitgliedstaaten.

Diese Entwicklungen machen die lokale Lebensmittelversorgung teilweise unmöglich und bringen somit das Menschenrecht auf Nahrung und in weiterer Folge die nationale Ernährungsicherheit Äthiopiens stark in Gefahr (Reisenberger 2011).



Florian LEREGGER studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement sowie Agrar- und Ernährungswirtschaft an der Universität für Bodenkultur. Der gebürtige Wiener ist ehemaliger Vorsitzender des Ökosozialen Studierendenforums Österreich (ÖSSFO) und arbeitet am Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE). Als Trainer und Referent widmet er sich darüber hinaus der Bewusstseins- und Weiterbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Bereichen „Umwelt & Nachhaltigkeit“ und „Entwicklungszusammenarbeit“.